

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Koblenz & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Am 31. Oktober wählen alle die Liste 4

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Z.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 1 M. Einjahresnummer 10 M.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3531. 6 Runden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3531 und 12707. Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis. Grundpreise: die 39 mm breite Monatszeitschrift 2 M., die 30 mm breite Beilagennummer 1.50 M., für auswärtige Anzeigen 3 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Dienststellen 40 Proz. Rabatt. Für Briefübertragung 10 M.

Nr. 251

Dresden, Mittwoch den 27. Oktober 1926

37. Jahrg.

Für die sozialistische Friedenspolitik

Keine Zersplitterung!

Von Artur Crispian, M. d. L.

Eine sonderbare Einheitsfront hat sich im sächsischen Landtagswahlkampf gegen die Sozialdemokratische Partei herausgebildet. Nationalsozialisten (Antifaschisten) und „Alt-Sozialdemokraten“ greifen unsere Partei wegen der sogenannten Erfüllungspolitik an. Sie behaupten, durch das Dawes-Abkommen werde die deutsche Arbeiterklasse vom internationalen Kapital verstoßen. Von Kommunisten und Nationalsozialisten in dieser Weise angegriffen zu werden, überrascht uns keineswegs. Wir sind einig darüber, daß weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten jemals eine politische Situation verstanden und richtig gewürdigt haben. Einige Verwunderung aber muß es erregen, wenn sich nun auch die sogenannten „Alt-Sozialdemokraten“ in jene „nationale Front“ eines wehrhaften zu machenden Deutschlands gegen die Siegerstaaten“ begeben. Diese Notwendigkeit ist von den „Alt-Sozialdemokraten“ erst erkannt worden, nach dem sie sich von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getrennt haben. Sie fühlen jetzt, daß sie in Verlegenheit sind, den Wählern die Notwendigkeit ihres Bestehens als neuesten Parteiglieder nachzuweisen.

Schon der Name „Alt-Sozialdemokraten“ ist verwunderlich. Vergeblich sucht man nach einer Erklärung dafür, weshalb sie diesen merkwürdigen Namen angenommen haben. Wollen die „Alt-Sozialdemokraten“ aussprechen, daß sie die Sozialdemokratie seien, wie sie von Marx, Engels, Lassalle, Bebel und Liebknecht begründet wurde? Das wäre eine nicht ernst zu nehmende Ueberheblichkeit. Denn sie würden damit zu behaupten wagen, daß die millionenstarke Sozialdemokratie zu bestehen aufgehört habe. Nichtig wäre es schon, wenn sie sich als „Alt-Sozialdemokraten“ bezeichnen würden, d. h. als „sozialistische, undemokratische“ Führer, die sich bewußt gegen den demokratischen und sozialdemokratischen Grundgedanken, daß in der Gesellschaft alle Macht vom Volk ausgeht, hat, in der Partei von den Mitgliedern. Hier gelten die Worte des Genossen Hof, Hamburg, die er als Berichterstatter über den Konflikt in Sachsen auf dem Seidewerber-Parteitag gesprochen hat. Genosse Hof sagte, ganz im Sinne der guten alten sozialdemokratischen Tradition, es dürfe niemals so weit gehen.

„daß Genossen in führenden Stellungen sich dauernd in Widerspruch zur Haltung der Gesamtpartei und der Organisation setzen. Immer wieder muß ich das, was ich getan und vertreten habe, auch vor der Masse der Parteigenossen rechtfertigen können. Wenn ich mich dauernd von der Masse löste, dann bin ich nicht mehr ihr Führer, sondern stehe ich ohne ein Gefolge da, und das ist ein unhaltbarer Zustand... Wenn ich das nicht mehr vertreten kann, was die Parteigenossen wollen, dann sage ich: Ich lege mein Amt in eure Hände zurück.“

Durch stürmischen Beifall brachte der Parteitag zum Ausdruck, daß diese Worte einmütig von der Gesamtpartei gebilligt werden.

Die „Alt-Sozialdemokraten“ haben sich von der Partei losgelöst, weil sie sich den Beschlüssen der Majorität nicht fügen wollten. Jetzt bei den Wahlen appellieren sie wieder an die Massen. Wollen sie etwa noch der Wahl wieder eine Politik nach ihrem Kopf gegen die Massen betreiben?

Am Anfang handelte es sich um faktische Meinungsverschiedenheiten. Dann kamen Trotz und Anfechtung gegen die sächsische und sächsisch gegen die Gesamtpartei hinzu. Keine geschichtliche Katastrophe, wie der Weltkrieg, schuf tiefe grundsätzliche Gegensätze, und selbst die durch solche Grundzüge ausgelöste Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Wehrsozialisten und in Unabhängige mußte verwinden, als nach Krieg und Revolution eine neue politische Situation den geschlossenen Kampf um brennende Tagesfragen forderte, die zu Lebensfragen für das Proletariat geworden sind und ohne deren Lösung an eine Weiterentwicklung zum Sozialismus nicht zu denken wäre. Die Befestigung der Republik und ihr sozialer Ausbau fordern ein Maximum an Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung. Wer sich im Arbeiterlager dieser Einsicht verweigert, schädigt den Kampf des Proletariats um seinen Aufstieg und um seine Befreiung.

Die „Alt-Sozialisten“ bemühen sich mit großem Eifer, Gründe für ihre Daseinsberechtigung als selbständige Gruppe ausfindig zu machen. Dabei geraten sie auf jene tiefste Ebene des Kampfes gegen die sozialistische Friedenspolitik. Wobei sie wiederum ein paar Kleinigkeiten übersehen. Die Ausbeutung der Arbeiter Deutschlands ist nicht erst durch das Dawes-Abkommen herbeigeführt, sie besteht, solange es einen Kapitalismus in Deutschland gibt. Ueber das Maß der Ausbeutung entscheiden nicht Abkommen und Verträge, die Staaten miteinander eingehen, sondern die Machtverhältnisse in jedem Lande. Je größer die Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist, desto geringer wird das Maß der Ausbeutung der Arbeiter sein, mit oder ohne Dawes-Abkommen. Erst mit dem deutschen Kapitalismus wird auch die Ausbeutung der Arbeiter Deutschlands verschwinden. Diese einfachen Wahrheiten muß man jetzt immer wieder aussprechen, um die Haltungslosigkeit der Angriffe gegen unsere Partei aufzuzeigen.

Die sozialistische Friedenspolitik konnte sich leider nicht in ihren reinen Ideen und Methoden durchsetzen. Erreicht wurde doch aber durch die unerbittliche Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale, daß die widerständigen kapitalistischen Regierungen und Parteien mehr und mehr vom Boden der militärischen Gewaltmaßnahmen abgedrängt wurden. Niemand wird bestreiten können, daß nach dem Dawes-Abkommen die deutsche Währung stabilisiert worden ist, daß das Ruhrgebiet und Köln vom fremden Militarismus befreit wurden, daß große Betriebe des Ruhrgebiets wieder in deutschen Besitz überführt werden konnten, daß Deutschland im Völkerbund aufgenommen wurde, was es jetzt als gleichberechtigter Staat mit den anderen Staaten behandeln kann. Wir Sozialdemokraten verkennen nicht die Mängel und Unvollkommenheiten des Dawes-Abkommens, wir sehen auch den Völkerbund nicht kritiklos gegenüber. Das haben wir oft und laut genug gesagt. Wir sind überzeugt davon, daß es gelingen wird, weitere Verbesserungen auf dem Gebiet der Reparationspolitik zu erlangen und Gelüste der Rückkehr nach einer Politik von „Rust und Eisen“ unschädlich zu machen. Bedrohungen der „Siegerstaaten“ durch „ein wehrhaftes“ Deutschland hätten der deutschen Republik zur Zerreißung und völligen Vernichtung verholfen.

Es sind nicht Wirkungen der jüngsten Auslands-Politik Deutschlands, durch die das soziale Gleichgewicht zerstört worden ist. Das zu behaupten, heißt doch die Arbeiter irreführen. Es ist das deutsche Großkapital, das

die Zeit der größeren Erwerbslosigkeit dazu benutzen will, die Löhne der Arbeiter zu verkürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, die Intensität der Arbeit zu steigern, die Sozialpolitik abzuhängen. Es ist die kapitalistische Reaktion in Deutschland, die die Arbeiter faktisch in größere Abhängigkeit bringen will. Es sind die bürgerlichen Rechtsparteien in Deutschland, die den Arbeitern, den Frauen und den Jugendlichen politische Rechte entreißen wollen.

Diesen kapitalistischen Anschlägen gilt es mit aller Energie entgegenzutreten. Was die Arbeiterklasse braucht, wie jeder Mensch sein täglich Brot, das ist der

einige geschlossene Kampf gegen den Kapitalismus.

Wer bei den sächsischen Landtagswahlen der Sozialdemokratischen Partei Abbruch zu tun versucht, dem verhängt sich an den Lebensinteressen des Proletariats. Es sind mehr als genug Sektensplitter in der proletarischen Bewegung vorhanden. Wenn es um das Wohl des Volkes zu tun ist, der helfe uns, alle Splitter und Sektensplitter zum Verschwinden zu bringen. Daß die Sozialdemokratische Partei die Partei des Proletariats ist, die Partei, deren Aufgabe es ist, über alle Gegenwartsprobleme hinaus die entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus siegreich durchzuführen, darüber sind sich ernstzunehmende Politiker klar.

Sittlichkeit und Wirtschaft

Von Artur Crispian, M. d. L.

Ich bin mit dem Chefredakteur des Dresdner Anzeigers, Herrn Fröhlich, durchaus einer Meinung, wenn er in Nr. 248 seines Blattes schreibt: „Es wäre wirklich an der Zeit, einmal die unterschiedlichen, farbigen Brillen abzulegen und sich den Ernst der Lage mit klaren Augen anzuschauen“; nur ist die Voraussetzung dazu, daß man nicht anderen Menschen den Vorwurf der farbigen Brillen macht mit seiner eigenen auf der Nase, die so schlecht gerüstet ist, daß man überhaupt nichts mehr sehen kann. Auszusprechen was ist, ist das Gebot der Stunde.

Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Wirtschaftsweise wurde die Bevölkerung in Kapitalisten und Besitzlose zerissen. Die Besitzende Klasse erlangt aus ihrem Besitz und aus ihren Unternehmungen die Sicherung ihrer Existenz. Treuen im Wirtschaftlichen keine Kräfte ein, so brüht die Arbeiterklasse notdürftig ihr Leben. Aber in einer Zeit, in der die Zahl der Erwerbslosen in das Millionenfache steigt und in der ein Politiker wie der Herr Innenminister Dr. Brügel verkündet, daß wir auf Jahre hinaus mit einer Millionenstärker Erwerbslosen rechnen müssen, befinden sich Millionen Menschen mit ihren Familien in der steten Gefahr des Verlustes ihres Lebensunterhaltes. In einer solchen Zeit wird die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse zum Problem der Zeit, und dieses Zeitproblem ist das Problem der Politik schlechthin. Eine Wirtschaftsordnung nun, die nicht mehr fähig ist, die Existenz ihrer Mitglieder zu sichern, hat ihren Zweck verfehlt, hat von diesem Augenblick an keine Berechtigung mehr und muß durch eine andere ersetzt werden.

Bei den Angehörigen der Arbeiterklasse finden wir eine Fülle der höchsten sittlichen Eigenschaften. Die Tugenden der Pflichterfüllung, der Treue im Beruf, der Ehrlichkeit, der Pünktlichkeit, der Gewissenhaftigkeit usw. sind die Tugenden der Arbeiterklasse. Diese müssen um so höher gewertet werden, als viele Arbeiter immer vom Tod umlauert sind und ihr Leben jede Stunde in die Schanze schlagen. Im Bergwerk, am Hochofen, in der Fabrik schweben nur allzu viele stündlich in Lebensgefahr. Oft befindet sich der Arbeiter in Betrieben, wo ihm die Gichtgase den Röhren, die Rippen abessen, wo ihm die Säure ausfallen; und trotz dieser Opferung seines Körpers weicht er, daß er nicht einmal den Ertrag seiner Arbeit ausgezahlt erhält. Wer trotz dieser Erkenntnis restlos keine Pflicht tut, den muß man anpreisen als Träger der Sittlichkeit schlechthin. In der Arbeiterklasse ruht das sittliche Fundament der Gesellschaft.

Dieser Fonds der Sittlichkeit befindet sich aber in der großen Gefahr, durch die andauernden Wirtschaftskrisen aufgeschöpft zu werden. Der Mensch, der genau zu essen hat, braucht sich nicht besonders zu rühmen, wenn er das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ noch nicht übertreten hat. Für den Menschen aber, der heute und morgen nichts zu essen hat, für die Mutter, die ihre Kinder nach Brot schreien hört und selbst dem Hunger vergebens die Brust bietet, weil ihr ausgegorener Körper keine Milch mehr hat, für solche Menschen bedeutet es eine sittliche Leistung ersten Ranges, wenn sie durch die Webergasse gehen, die Fensterläden nicht einschlagen und sich gegen das juristisch geschützte Eigentum ihrer vom Glück begünstigten Mitbürger nicht vernehmen. Eine

große sittliche Kraft zeigt heute noch die Arbeiterklasse. Wenn aber der Lebensunterhalt eines Menschen dauernd in Frage gestellt ist, dann mögen die einen dahinstreben, mit der klammern Anklage auf den Lippen, die andere aber, die der Verzweiflung nahe gebracht sind, greifen zu den Mitteln der Verzweiflung, das sind: entweder der Selbstmord oder das Verbrechen. Nicht unbeachtet darf bleiben der Brief des Vizepolizeipräsidenten in Berlin, Herrn Dr. Friedensburg, eines bürgerlichen Herrn, an das Berliner Tageblatt, in dem er klar und entschieden ausspricht, „wieweil unsere Wirtschaftsordnung diesen Unglücklichen (er meint damit den Mörder der Gräfin Lambsdorf, Böttcher, und die beiden Eisenbahnattentäter Weber und Schliejner) schuldig geblieben ist“. Wenn sich also die Gesellschaft dieser Verbrechen erwehrt und sie in die Gefängnisse steckt, dann handelt sie von ihrem Standpunkte aus richtig; der sittlich denkende Mensch muß sich aber die Frage vorlegen, ob er nicht an die Brust zu schlagen und auszusprechen habe: Mea culpa, mea maxima culpa! (Meine Schuld, meine große Schuld!) Oder wenn man diesen Satz in scharf geäußelter dialektischer Form aussprechen will, so kann man auch sagen: „In die Gefängnisse gehört die bürgerliche Gesellschaft.“

Jeder anständig denkende Mensch weiß, daß damit nicht gesagt werden soll, daß der Herr Müller oder der Herr Schulze, die dem Bürgertum angehören, ins Gefängnis gesteckt werden soll, denn das sind sehr oft Leute, die sich über diese Fragen noch keine Gedanken gemacht haben. Tiefer Satz sagt lediglich, daß auf die Bank der Angeklagten und der Beurteilten das kapitalistische Wirtschaftssystem gehört, das heute noch die bürgerliche Gesellschaft trägt, und das, weil der Kapitalismus vom Prolet, d. h. von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, lebt, Not und Elend, körperliche und geistliche Verwahrlosung mit ihrer unabwendbaren Konsequenz im Gefolge hat.

Nun sind die Menschen unserer Zeit durch den Krieg mit seiner entsetzlichen Unterernährung gegangen, durch die Periode der Inflation, und sie gehen jetzt durch eine Periode der Erwerbslosigkeit. Die Unterernährung hat nicht nur zur Folge, daß die Volkskrankheiten, wie Lungenentzündung, Scharlach usw., überhandnehmen, sondern sie richtet auch große moralische Verwüstungen an. Die Verteuerung der Lebensmittelpreise, die Unmöglichkeit für die vielen, den Haushalt zu balancieren, bringt ein stetes Aufsteigen der Verbrechenskurve mit sich. Wenn eine Gesellschaft dieser furchtbaren Probleme nicht Herr wird oder nicht Herr werden will, wenn es in einer Gesellschaft Menschenwürden gibt, denen überhaupt jedes Gefühl für die Entsetzlichkeit der Zeit abhandlung gekommen ist, dann ist das Urteil über diese Gesellschaft gesprochen. Es lautet: „Abtreten, meine Herrschaften!“

Für wen alle die schönen Worte von der Liebe für Volk und Vaterland keine Phrasen sind, für den ist das Ziel der Politik, für alle Volksgenossen Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen sie leiblich und seelisch gesund bleiben können. Der sieht mit uns die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sittlichkeit und sieht in der Verteuerung der Erwerbslosigkeit die Zerstörung des Tages.

In diesem Sinne rufen wir den Wählern zu:

Was ist deine Pflicht? Am 31. Oktober sozialdemokratisch zu wählen!